

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Heinz-J. Bontrup **3** Mehr unternehmerische (qualifizierte) Mitbestimmung tut Not
- Henning Osmers **13** Zukunftssicherung und Vermögen – Die Umkehrung der Verhältnisse und das Problem der Arbeitslosigkeit
- Arno Gahrman **19** Ein Denkfehler wird System. Erforscht werden sollte die Natur der Kosten. Entdeckt wurde das Schwarze Loch der globalen Ökonomie. Ein Expeditionsbericht.
- Reinhard Stransfeld **26** Europa auf dem Weg in die Brazilianisierung ?
- Fritz Andres **32** Geldreform und Unternehmensverfassung
- 34** Bericht - Bücher - Veranstaltungen

Arno Gahrmann:

Ein Denkfehler wird System.

Erforscht werden sollte die Natur der Kosten.

Entdeckt wurde das Schwarze Loch der globalen Ökonomie.

Ein Expeditionsbericht.¹

*Jemand musste Josef K. verleumdet haben,
denn ohne dass er etwas Böses getan hätte,
wurde er eines Morgens verhaftet.*

(Franz Kafka, erster Satz zu "Der Prozess")

Wenn private Betriebe und öffentliche Einrichtungen geschlossen, Mitarbeiter entlassen und um des "Standortes Deutschland" willen Feiertage gestrichen werden, wenn 50 Cent zu viel sind, um auf Krebs erzeugende Stoffe bei der Reifenherstellung verzichten zu können, und wenn der Effizienzdruck die letzten fünf Minuten Zeitreserve aus dem Arbeitsablauf herauspresst – immer sind es die Kosten, die scheinbar keinen anderen Ausweg zulassen. Es ist gespenstisch wie in Kafkas "Prozess": Unsere Gesellschaft liefert sich und die Mitwelt dem Kostengericht bedingungslos aus ohne es zu kennen und ohne zu wissen, worin das Verwerfliche an den Kosten bestehen soll.

Ökonomische Kosten – nicht kostbar, aber schuld an den Schulden

Die Wirtschaftswissenschaften quellen über von Ansätzen zur Berechnung und Reduzierung der Kosten – ihre Definition der Kosten als "Werteverzehr" ist dagegen beschämend dürftig. Was dieser Begriff ausdrückt, das ist eine urchimliche Erfahrung des Knappen und Unwiederbringlichen, eben des "Kostbaren", so wie es endlichen Rohstoffen und knappem Land eigen ist. Aber gerade diese besitzen keinen eigenen Kostenwert und dürfen kostenlos verbraucht werden, solange sie nicht Privateigentum sind. Worin besteht andererseits der Werteverzehr der menschlichen Arbeit, solange sie die Gesundheit nicht schädigt? Schließlich die Kapitalzinsen, für die direkt und indirekt ein Fünftel des Nationaleinkommens verwendet werden muss: Hier geben

Vermögende ihren nicht benötigten Geldüberschuss an Unternehmen und an den Staat quasi zur Pflege ab. Hierfür über die Geldentwertung hinausgehend Zinsen bzw. Dividende zu verlangen, kann man als eine fragwürdige Subventionierung der Vermögenden ansehen?; ein Verzehr irgendwelcher Werte ist es keinesfalls. Welch unfassbarer Freiraum für eine nachhaltige Gestaltung der individuellen wie gesellschaftlichen Zukunft täte sich vielmehr auf, verzichtete das Vermögen nur zwei Jahre lang zugunsten des Staates auf die Zinsen und Bruttogewinne in Höhe von jährlich rd. 600 Mrd. Euro (Deutschland; ohne Unternehmerlohn): Die gesamte öffentliche Hand wäre schuldenfrei, die Blockade von Leistungsnachfrage und -erstellung, sichtbar in fünf Millionen Arbeitslosen, mit einem Schlage aufgehoben. Und mit einer deutschen Zins- und Gewinnspende zweier weiterer Jahre wäre sogar die Schuldenlast der Dritten Welt (ohne China) abgetragen!

Das Tabu hinter den Kosten

Einen unverblühten Zugang liefern uns die Buchhalter. Für sie stellt jeder Vorgang "Kosten" dar, der das (Rein-)Vermögen mindert. Und zwar das ökonomische Vermögen, das um jeden Preis erhöht werden will, sei es mittels der Zinsen für verliehenes Geld, sei es mittels der Gewinne aus dem in Unternehmen steckenden Geld. Kosten, sie treffen zweifellos einen finanziell knappen Betrieb genauso hart wie eine mittellose Gemeinde. Aber dass die betrieblichen Kosten und die öffentliche Verschuldung deutlich geringer sein könnten, gäben sich die Gläubiger mit weniger Zinsen und die Eigentümer mit geringeren Gewinnen zufrieden, und dass Staat und Unternehmen nicht ihre letzten Reserven ausquetschen müssten, zeigten sich die vermögen-

den Staatsbürger und Konsumenten weniger geizig bei Steuern und Preisen, das wurde eben illustriert, wird in der Standortdebatte aber tunlichst verschwiegen. Denn an diesem Besitzstand zu rühren wäre ein Sakrileg an einem geradezu heiligen Anrecht auf Vermögensmehrung, das sich – wie im obigen Beitrag ausgeführt – zur Grundlage der persönlichen Existenzsicherung entwickelte. Nicht nur das Geld in unmittelbarer Form sichert uns mittlerweile Güter und damit die materielle Existenz, sondern ebenfalls das verliehene Geld, das zudem noch zusätzliche Geldbeträge (nämlich Zinsen) einbringt. Und das in Produktionsgüter gesteckte Geld vermag uns – geschicktes Investieren und Agieren vorausgesetzt – sogar einen noch höheren Geldzufluss als Zinsen (nämlich den Gewinn) und damit noch mehr Ansprüche auf Leistungen Dritter zu verschaffen. Der Wert dieses ökonomischen (nämlich ertragbringenden) Eigentums bemisst sich nun letztlich an dem Geldertrag, den man hieraus zu erzielen "vermag" – eben dem Vermögen. Dies wird offensichtlich am Auf und Ab des Aktienvermögens, es schlägt sich aber auch bei scheinbar soliden Immobilien nieder, deren Wert absehbaren Änderungen in den Mieterträgen nachläuft.

Dort, wo sich die Wirtschaft in einer Aufbauphase befindet, ist die so angeregte Mehrung von Produktivvermögen und seiner Effektivität richtig und wichtig. Zunehmend aber geht es nur noch darum, das Vermögen mithilfe einer rentablen Produktion von Gütern und Dienstleistungen zu erhöhen, aber nicht um die Art und Weise, wie sie erzeugt werden, und nicht um ihren Zweck. Dieser unerbittliche Renditeanspruch mag historisch aus den Geschenken der Sonne, seien es die Früchte (lat. "fructus": der Gewinn) oder die Produktivitätsmehrung dank der fossilen Brennstoffe, erklärt werden können, und wäre heute allenfalls für ressourcensparende Investitionen angemessen. Die real durch nichts gerechtfertigte Übertragung dieser Naturerfahrung auf jegliches Vermögen lässt sich hingegen selbst durch die überzeugenden Rechnungen eines Helmut Creutz, nicht einmal mit der simplen Widerlegung anhand des "Josephspfennig" aus den Dogmen der Ökonomie verbannen.

Exkurs: Zur Berechtigung der Zinsen

Der geldökonomisch und -historisch wenig bewanderte Verfasser bewegt sich mit den folgenden Gedanken, die den herrschenden Zinsanspruch von der einzelwirtschaftlichen Seite her bestreiten, zugegebenermaßen auf Glatteis und möchte sie lediglich als Anregung sehen:

1. Selbst von den Protagonisten der "Schwundwährung" wird die Liquiditätsprämie als Vorteil des Geldes, quasi jederzeit in eine beliebige Form von Vermögen umgewandelt zu werden, nicht grundsätzlich in Frage gestellt (vgl. z.B. Dieter Suhr: "Der Liquiditätsvorteil ist eine Folge der Eigenschaften von Geld"³). Deshalb soll sie mittels der gezielten Geldentwertung ausgehebelt werden, um die Zinskosten und ihre negativen volkswirtschaftlichen Wirkungen zu mindern. Aber auch ein unmittelbares Argument spräche für die Berechtigung, die Liquiditätsprämie abzuschöpfen: Es sind nämlich nur die wirtschaftenden Betriebe und der Staat, die dem Geld ständig einen fruchtbaren und aufnahmebereiten "Acker" bereit halten, in dem es jederzeit gedeihen kann; ohne diese realen Leistungserbringer besäße das Geld wahrlich nur seinen Wert als Metall oder zum Feuerzünden. Dies ist vergleichbar der elektrischen Batterie, die ihren Wert auch erst dadurch erhält, dass hierfür Anwendungen bereitgehalten und ihre Anschlüsse normiert werden. Der Liquiditätsvorteil erwächst somit nicht durch das Geld an sich, sondern erst durch die reale Bereitstellung der gesamten – technischen, organisatorischen, ordnungspolitischen, sozialen und natürlichen – Infrastruktur. Er ist somit keinesfalls ein "Verdienst" der Geldbesitzer, was schon Suhr im selben Aufsatz betont⁴, sondern der Gesellschaft, die – wie ein Stromversorger – deswegen sogar umgekehrt ein "Entgelt" für die Bereitstellung der Leistungsbeurteilung verlangen kann.

2. Auch Heinsohn/Steiger bestreiten die gängige Erklärung des Zinses als "Liquiditätsprämie", freilich mit gänzlich anderen Argumenten⁵. Umgekehrt vermag der Verfasser Heinsohn/Steiger hinsichtlich des Verlustes der Eigentumsprämie nicht ganz zu folgen, zumindest soweit sie als generelle Berechtigung für den Zins gesehen

wird. Ihre umfangreich und historisch tief angelegte Argumentation, die man nur sehr grob als Eigentumsdeckung von Geld zusammenfassen kann⁶, ließe sich nämlich ebenfalls auf die dem Geld vergleichbaren Schuldtitel wie Wechsel und Schecks anwenden, die für eine vorab erbrachte Leistung ausgestellt werden. Auch auf den Staat ließe sich diese Sichtweise "münzen": Er bezahlt die für ihn erbrachten Leistungen nicht unmittelbar zurück, sondern mit werthaltigem Geld (werthaltig und vertrauenswürdig, soweit die Infrastruktur und ökonomische Situation des Staates einen Umtausch in vergleichbare Gegenwerte erlauben). So gesehen entstünde das Geld nicht quasi aus dem Nichts heraus als Entscheidung der Zentralbank, sondern als abgesichertes Leistungsversprechen zum Ausgleich zuvor erhaltener Leistungen. Dass der Schuldner diese durch die Ausgabe von "Geld", d.h. durch ein in die Zukunft verschobenes Leistungsversprechen anstatt durch sofortige reale Gegenleistungen befriedigt, kann nun nicht zusätzliche (Zins-) Forderungen des Leistungsschuldners, sondern allenfalls umgekehrt des Leistungserbringers begründen⁷. Die Absicherung dieser Leistungsversprechen (sei es nach Heinsohn/Steiger mit Eigentum, oder durch sonstige, den Schuldner einschränkende Sicherheiten) ist so gesehen als Selbstverständlichkeit und Voraussetzung für dessen Annahme durch den Leistungserbringer anzusehen; sie rechtfertigt jedoch genauso wenig eine Honorierung wie etwa die physische Herausgabe von Schmuck als Pfandgut, was ja auch einen Verlust an Eigentumsprämie darstellt.

Fit for death – Globaler Kostenwettbewerb als effizientes Dopingmittel

Diese Missachtung der Wirklichkeit zeigt sich an den bekannten "externen Kosten": Gute Luft und stille Täler, freie Aussichten und Mußzeiten können kostenlos von der Ökonomie verwendet und verschwendet werden, obwohl sie für die Menschen kostbar sind. Und was immer die Produktion als Instrument der Vermögensmehrung bremst, wird mit den Schlagworten "Effizienzsteigerung" und "Wachstumsbremse" demontiert, dereguliert und ignoriert: Feiertage

und Eigenarten, Preisbindung und Kündigungsschutz, Familie und Würde, und nicht zuletzt der Wert menschlicher Arbeit. Hierzu wird nach 60 Jahren Friedens und immensen technischen Fortschritts der Gesellschaft dopinggleich eine Not-situation vorgegaukelt ("fit werden für den globalen Wettbewerb"), in der das tief angelegte Überlebensprinzip Effizienz gegen sich selbst angewendet wird. Alles "Überflüssige" wird beseitigt, die letzte Reserve herausgepresst; vergleichbar einem Gebirgsfluss, der im Fallrohr einer Turbine zugeleitet wird statt über Steine zu sprudeln, sich spielerisch zu winden und in Kühlen zu quirlen. So verschwinden mit der kostensenkenden Effizienz die Kaskaden des Lebens. An diesen will der Mensch sich Stück für Stück erleben, erfahren und abarbeiten, nicht aber sich selbst und eine maximale Gütermenge in minimaler Zeit "verheizen". Rasches Produzieren und ungebremstes Konsumieren verdrängen das lebensgemäße Gestalten und Genießen. Was geschieht, wenn die Gesellschaft aller hemmenden Strukturen – Kosten in der Sprache der Ökonomie aber kostbar für Leben und Natur – beraubt wird, ist jedem Fußballspiel anzusehen, dem man zwecks Kostensenkung und höherer Torausbeute die Abwehr wegnimmt: Eine Veranstaltung besinnungslos rasender Stürmer ohne Reiz mit arbeitslosen Verteidigern und Torhütern hinter der Absperrung.

Dieser Verlust an lebensspendender Vielfalt und lebenserhaltenden Grenzen wird allenfalls ansatzweise unter dem Begriff der "externen" Kosten bzw. Nutzen diskutiert, ohne jemals in seiner vollen Tragweite erfasst werden zu können. Vergleichbares gilt für die andere Backe der ökonomischen Quetschzange: Selbst die noch verbliebene "Fülle des Lebens" wird plötzlich zu ungeliebten Kosten und Knappheitsfaktoren, indem es zu Eigentum erklärt wird, dessen Nutzung entgolten werden muss⁸. Nimmt auf der Seite der öffentlichen und vieler privaten Haushalte die Verschuldung ständig zu und zwingt zu den absurdesten Einschränkungen, bläht sich auf der Gegenseite das Kredit gebende Vermögen in gleichem Maße auf – in den vergangenen zehn Jahren fast um das Doppelte⁹. Um die hieraus erzielten Überschüsse wiederum rentabel

investieren zu können, werden Gemeinschaftsaufgaben privatisiert und früher öffentliche Güter wie Gene, Bilder, Entdeckungen, Ideen, Namen und Strände zu ökonomischem Eigentum¹⁰. Dies zwingt kranke Menschen zu geldbringenden "Kunden", lässt Bürgern vertraute Stätten wie das Hamburger Volksparkstadion zu einer fremden AOL-Arena und vormals jedem zugesicherte Bildung (wieder) zu einer Frage des Geldes werden. Und dass Arbeiten überhaupt "kostet", obwohl es selten ein real knappes Gut ist, sondern vielmehr gerne geleistet wird, ist schlicht darauf zurückzuführen, dass den meisten Menschen mangels ausreichendem sonstigem Vermögen oder solidarischer Absicherung nichts anderes übrig bleibt, als ihre Arbeitskraft zu einem entgeltspflichtigem Eigentum zu erklären, belastet mit dem Risiko der Arbeitslosigkeit, wenn sie die Messlatte ihres individuellen ökonomischen Gewinnes nicht erreichen. Nur die in und von Gemeinschaften wie Familienbetrieben, Genossenschaften oder Klöstern lebenden Menschen können sich und ihre Arbeit noch geschätzt wissen.

Die verkaufte Sonne: Nur ein Gedankenspiel?

Selbst die Sonne wird eines Tages kostenpflichtig und somit rar für uns. Und zwar dann, wenn vergleichbar den UMTS-, Ölförder- oder Fußballübertragungslizenzen dereinst die Rechte an der Sonnennutzung von den völlig verschuldeten Staaten der Erde verkauft werden. Bis dahin wird die Mauttechnik jeden Sonnenstrahl erfassen können, den wir zu welchem Zweck auch nutzen. Und alles, was von der Sonne lebt, mittelbar und unmittelbar, wird kostenträchtig, mithin: alles. Liebe und Gemeinschaft, Religion und Ethik verlieren ihren Wert an sich und werden als zu teuer und überflüssig genauso wegrationalisiert wie heute schon Arbeitsplätze, Ruhezeiten oder das Schwätzchen am Fahrkartenschalter. Mensch und Natur werden in jeder ihrer Handlungen und Wirkungen nur noch ökonomische Kosten oder Güter sein. Dieses Szenario ist nur eine konsequente Fortschreibung der anhaltenden Ökonomisierung von immer mehr Lebensbereichen; zugleich markiert es ihren End-

punkt. Denn wenn alles miteinander in ökonomischer Beziehung steht, wird alles handelbar und nichts mehr beständig sein. Vermögen als Gegenwert zukünftiger Erträge verliert seinen Sinn als Zukunftssicherung, wenn sich Produkte, Preise und Einkommen in der global vernetzten Ökonomie im Sekundentakt ändern.

Das (aus-)gedachte Vermögen

Nähert man sich dem Vermögensbegriff unter diesen Umständen der verkauften Sonne noch weiter, verlieren sich seine Umriss gänzlich, so wie eine Goldmünze unter dem Elektronenmikroskop oder wie ein Konzern aus Sicht eines Mitarbeiters, und es erweist sich, dass auch das nach heutigen Maßstäben solideste ökonomische Vermögen nur noch ein zufälliges und schwirrendes Substrat eines ungebremsten selbstbezüglichen Prozesses sein wird, vergleichbar den von einem Monitor auf eine hierauf gerichtete Videokamera zurückgeworfenen Schleifen¹¹. Die Erklärung hierfür ist anhand einer Ökonomie mit zwei Unternehmen (beispielsweise einem Anstreicher und einem Poeten) leicht zu begründen:

Das ökonomische Vermögen des Malerbetriebs wird bestimmt von seinen zukünftigen Einnahmen aus den Malaufträgen des Poeten. Deren Menge und zugestander Preis hängen aber neben des Poeten Vorliebe für bunte Wände auch von dessen ökonomischem Vermögen ab: je höher dieses ist, umso häufiger und umso großzügiger wird er Geld ausgeben. Sein Vermögen aber kann nur so hoch sein, wie der Maler ihm Romane und Gedichte abzukaufen gewillt ist, was wiederum eine Frage des Vermögens des Malers ist. ... Mathematisch gesprochen ist dies eine der schon von den Griechen gern geflochtenen "Schleifen" (vgl. Achilles und die Schildkröte).

Damit ist das einzelne Vermögen nicht nur ein Spielball der in einer durchökonomisierten Welt instabilen Bedürfnisse und Produkte, sondern zudem selbstbezüglich und damit mehr oder weniger unbestimmbar. Dieser zirkulare Charakter ist durchaus nicht ungewöhnlich und den meisten Systemen eigen ("Ein Betrieb ist das, was die Menschen aus ihm machen; der Betrieb wiederum prägt die in ihm arbeitenden

Menschen, die wiederum ..."). Bei einer Vielzahl miteinander agierender Teilnehmer und bremsender Grenzen erweist sich ein solches System wie auch das einzelne Vermögen durchaus als vergleichsweise stabil. Der Zirkelleffekt und seine schwirrende Unstabilität werden jedoch dann voll wirksam, wenn wie bei der Videokamera die Prozesse ungehemmt ablaufen und auch sonst keine stabilisierenden externen Größen puffern. Wir haben diese ungehemmten Rückwirkungen nach der Versteigerung der UMTS-Lizenzen erleben können, als plötzlich Zweifel an den zukünftigen Gewinnen hieraus erwachsen, sich dieses in den Aktienkursen niederschlug, damit deren Besitzer plötzlich einen erheblichen Verlust ihres ökonomischen Vermögens erlebten, womit sich deren relative Verschuldung bedrohlich erhöhte, mit der Folge wiederum, dass diese als ökonomische Akteure und Nachfrager ausfielen, was dann letztlich als Auslöser für die anhaltende Wirtschaftskrise gesehen werden kann.¹²

Ein Denkfehler wird System

Genau dorthin jedoch steuert die Ökonomie als Dauerzustand, wenn sie zum Aufspüren der letzten Gewinnpotenziale physische, regelnde und zeitliche Hemmungen (Inseln wie Währungen wie Sonntage wie Kündigungsschutz) eliminiert, Kommunikationsschranken überwindet und Wellenbrecher (Gemeinschaftsaufgaben wie Infrastruktur, Gesundheit, Kultur, Bildung; gesellschaftliche Strukturen oder ökonomische "Branchen" wie z.B. Kirchen) zermahlt und ihrem System einverleibt. Spätestens dann wird offenbar, dass die Ökonomie auf einer Fiktion aufbaut, nämlich materielle Zukunftssicherung in Geld ausdrücken, speichern und mittels Zinsen und Gewinnen beliebig vermehren zu können.

Was man wann zu welchem Preis unter welchen Voraussetzungen wo und überhaupt erhält, benötigt oder verkaufen kann – dieses als "Vermögen" in Zahlen fassen zu können, war aufgrund seiner Selbstbezüglichkeit von Beginn an ein Denkfehler. In Zeiten weniger ökonomischer Güter, langsamer Strukturänderungen und kleiner, abgeschlossener Wirtschaftsräume schlummerte er unmerklich, blitzte lediglich in Fällen von

Hyperinflation oder groben Bilanzfälschungen auf, ohne als solcher erkannt oder in der gängigen Diskussion benannt zu werden. Und so wird bis heute, diesen Denkfehler nicht erkennend und Zweifel unterdrückend, die Mehrung von Vermögen und die Minderung von Kosten betrieben, stärker als je und blind gegenüber den hierdurch verursachten Schäden an Mensch, Gesellschaft und Natur.

Doch was bedeutet Vermögen in Zeiten ständiger Umbrüche, wechselnder Produkte wie Preise und ungewisser Leistungen wie Bildung, Gesundheit und nicht zuletzt der Rente? Dies wird in der schwirrenden, ungehemmten, weder fass- noch aufhaltbaren globalen Ökonomie überhaupt nicht mehr vorherzusagen sein. So verwandelt sich das in Geld bezifferte Vermögen umso mehr in einen Wahn und das Weltgeschehen in einen sozialen und ökologischen Wahnsinn, je mehr es in seiner Sucht nach ständiger Vermehrung über greifbare Dimensionen hinauswächst, Immaterielles und Ideelles vereinnahmt, die Staaten mit Schuldenbergen begräbt, und je mehr sein Instrument, die auf Kosteneffizienz getrimmte Ökonomie, Mensch, Arbeit und Natur verbraucht oder aus dem System entfernt, und nur noch als ein Wirbel flüchtiger Zahlen und Beziehungen wahrzunehmen sein wird. Dann verflüchtigt sich jede Riester-Rente oder sonstige Vermögensbildung. Und auch das als Zukunftsretter beschworene Bildungsvermögen wird mangels verlässlicher Perspektiven keine materielle Existenz mehr garantieren können.

Das kafkaeske Kostengericht

Mit der verschwindenden Werthaltigkeit des Vermögens verlieren aber auch der ökonomische Ertrags- und Kostenbegriff, die ja an nichts anderes als an das ökonomische Vermögen gekoppelt sind, ihren Halt. Die Messlatte von Ertrag und Kosten, an der täglich alle Akteure der Ökonomie gemessen werden, vom Konzern über den Handwerksbetrieb und die Sozialstation bis herunter zu jedem einzelnen Arbeitnehmer, sei er (noch) angestellt oder schon Ich-AG, und die diese Akteure unerbittlich eliminiert, sobald ihre Kosten höher sind als ihr Ertrag – sie er-

weist sich als eine Chimäre! Wie für das Vermögen selbst gilt nämlich auch für dessen abgeleitete Größen Kosten und Gewinn, dass sie immer nur eine irrealer Augenblickssituation hinsichtlich der durch die entsprechenden Vorgänge bewirkten Zu- bzw. Abnahme des Vermögens abbilden (irreal, weil die hinter ihnen steckenden Erwartungen an das Vermögen niemals augenblicklich realisiert werden können und sollen). Mag dem einzelnen Vermögensbesitzer die oben aufgezeigte Virtualität noch wenig ausmachen, solange er real nichts davon spürt, so schlägt dieses kafkaeske Kostengericht bei den Akteuren brutal zu, entlässt sie oder erklärt sie für konkursreif bzw. überflüssig, nur um ohnehin schon virtuelle Vermögen noch weiter aufzublähen. Wenn das soziale, politische, ökologische und auch wirtschaftliche Umfeld sich dann entsprechend verändert (vermutlich verschlechtert) haben wird, werden aber ganz andere Preise gelten, und die heutigen Entscheidungen könnten sich als ein riesiger Flop erweisen. Beispiele ließen sich schon heute genügend finden; man denke nur an die "rentablen" Atomkraftwerke oder an die Kosten und Arbeitskräfte "sparenden" Streckenstilllegungen der früheren Bundesbahn, die uns heute einen ökologisch und wirtschaftlich wahrlich kostspieligen Kfz-Verkehr beschert haben.

Das Schwarze Loch der globalen Ökonomie

Ausgangspunkt dieser Expedition war die Frage nach der Natur der alles bestimmenden Kosten. Diese spiegeln nicht notwendig reale Knappheiten wider, sondern Minderungen des ökonomischen Vermögens. Dessen ungleiche Verteilung und dessen Wuchern macht andererseits unbegrenzte Ressourcen teuer – tagtäglich zu erleiden an den real nicht existierenden Kosten für die Arbeitskraft und bedrückend vorstellbar im Falle eines Verkaufs der Sonnenrechte. Dieses Szenario macht zugleich deutlich, dass sich der ursprüngliche Zweck von Eigentum, die Sicherung der materiellen Zukunft, in sein Gegenteil verkehrt. Der Geburtsfehler der Ökonomie, zukünftige Leistungen Dritter zum Zweck der Zukunfts-

sicherung quasi "einfrieren" lassen, deren Umfang beziffern und bedingungslos vermehren zu wollen – er mutiert ihren Dreh- und Angelpunkt, das Vermögen, umso mehr zu einem alles Leben und letztlich sich selbst aufsaugenden "Schwarzen Loch", je stärker es mittels der Ökonomisierung vorangetrieben wird.

Und je mehr dieser Denkfehler zum alles durchdringenden System wird, umso stärker müssen zwangsläufig die Unfassbarkeiten und Widersprüche auftreten: Plus (= gerne tätig sein) ist minus (Arbeitskosten), Null (virtuelles Termingeschäft) wird zu plus (Gewinn), minus (Verbrauch natürlicher und gesellschaftlicher Ressourcen) gilt als plus (Effizienzsteigerung), und schließlich wird sogar wider alle Vernunft unendlich (Leben wie eben auch die Sonne) mit einem zerbröselndem Urmeter (nämlich dem Vermögensbegriff¹³) auf endliche Geldbeträge reduziert. Die herrschende Ökonomie muss zur Kenntnis nehmen, dass ihre Mechanik unter den extremen Bedingungen der heutigen Grenzenlosigkeit genauso hinfällig ist wie die Newtonsche Physik bei Lichtgeschwindigkeit. Oder sie starrt weiterhin auf das Diktat von Kosten und Gewinn, so ohnmächtig und unverständig wie K. auf das Gericht. Dann hilft wirklich nur noch der Verkauf der Sonne, denn dann ist die Welt endlich widerspruchsfreie Ökonomie. Cui bono?

Anmerkungen

- 1 Der vorliegende Beitrag beruht in weiten Teilen auf dem Buch von Arno Gahrman mit Henning Osmers: "Zukunft kann man nicht kaufen. Ein folgenschwerer Denkfehler in der globalen Ökonomie", Bad Honnef 2004, und ist eine Überarbeitung des gleichnamigen Beitrags in der online-Ausgabe von "humonde" im November 2004 (www.humonde.de). Inhaltlich neu sind die Begründung der Selbstbezüglichkeit des Vermögensbegriffes, welche in dem zitierten Buch im Kapitel 4.3 ("Die UMTS-Story") eher nur qualitativ anhand ihrer Wirkungen behandelt wurde, und der Exkurs zu den Zinskosten.
- 2 Nach den den Lesern bekannten Berechnungen von Helmut Creutz (z.B. in Creutz, Suhr, Onken: Wachstum bis zur Krise?, Basis Verlag Berlin, 1986) zahlten schon Anfang der 1980er Jahre acht von zehn Haushalten mehr Zinsen und Gewinne – größtenteils in Preisen und Mieten versteckt – als sie ihrerseits erhalten, und dieses Defizit landet als entsprechende Zunahme bei den gerade zehn Prozent der Haushalte, die bei diesem ständigen Vermögenstransfer zulegen (bei etwa 10% der Haushalte ist die Zinsbilanz ausgeglichen). Vgl. dazu z.B. die nachfolgenden Fußnote.
- 3 Dieter Suhr: Auf Arbeitslosigkeit programmierte Wirtschaft.

- (Nachdruck) in: Wachstum bis zur Krise, Basis Verlag, Berlin 1986, S. 53.
- 4 Suhr, ebda., S. 49.
- 5 Z.B. S. 174 ff. und 193 ff. in Heinsohn, Gunnar/Steiger, Otto: Eigentum, Zins und Geld. Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaft (hier 2. Auflage, Marburg 2002).
- 6 ... und die (endlich) Eigentum und Vermögen in den Mittelpunkt der ökonomischen Entwicklung stellt. Auch die Gedanken des diesem Beitrag zugrundeliegenden Buches (s. Note 1), das das Vermögen als treibende, durch die zunehmende Grenzen- und Hemmungslöslichkeit aber hohl werdende Zielgröße sieht, wurden erst durch das Werk von Heinsohn/Steiger ans Tageslicht gebracht.
- 7 In den Ausführungen von Heinsohn/Steiger zu den Wechseln (S. 288 ff. ebda.) findet der Verfasser keinen Hinweis auf die hier genannten Aspekte.
- 8 Vgl. z.B. Ulrich Duchrow und Franz J. Hinkelammert: Leben ist mehr als Kapital. Alternativen zur globalen Diktatur des Eigentums. Oberursel, 2002.
- 9 Zu unbegrenzten wie ungleichen Kapitalmehrung vgl. den zusammenfassenden Beitrag "Wissenswachstum statt Wirtschaftswachstum" von Olbrich/Seltmann in Heft 2/2004 von "humonde" und die dort genannten Autoren wie Afheldt, Creutz und Suhr.
- 10 Dass das exponentielle Wachstum des Kapitalvermögens über der realen Wachstumsrate liegt und dennoch nicht von der von den Sozialreformern befürchteten breiten Inflation begleitet wird, liegt in eben dieser formalen Schaffung neuen Eigentums. Dieses repräsentiert neben spekulativem Inhalt (z. B. den UMTS-Lizenzen) durchaus auch reale Gegenwerte (Bahn, Post, Infrastruktur), sodass dem zusätzlichen Vermögen eine solide, geldwerterhaltende Deckung gegenüber steht, ohne dass real mehr produziert werden muss als vorher. Dennoch gelten
- auch hier die Naturgesetze – das im folgenden Abschnitt skizzierte Szenario der verkauften Sonne als letzte denkbare Form künstlich geschaffenen Eigentums mag bei Anhalten der exponentiellen Kapitalvermehrung schneller eintreten als jede ökologische oder politische Katastrophe.
- 11 Zu diesem Bild (wie überhaupt zu zirkularen Systemen) vgl. Hofstaedter: Gödel, Escher, Bach. Ein endlos geflochtenes Band, Stuttgart, z.B. 6. Auflage, S. 526f.
- 12 Dass Ansprüche auf zukünftige Leistungen Dritter in ihrem Wert (eben dem ökonomischen Vermögen) unabhängig davon sein können, was ich diesen Dritten wiederum an Leistungsfähigkeit und –umfang ermögliche, würde ein von der Ökonomie (noch) nicht geprägter Mensch vermutlich gar nicht erst denken, und er würde es als absurde Idee ansehen, seine zukünftigen Leistungserbringer in Arbeitslosigkeit und Armut zu zwingen, um dergestalt seinen Reichtum vermeintlich zu erhöhen; vgl. die von Solidarität geprägten Betriebe und Gemeinschaften oder die Geschenkkultur in "unterentwickelten" Völkern (hierzu s. a. Duchrow/Hinkelammert ebda.).
- 13 Als mathematische Folge der Verzinsung heutiger Beträge wird das Vermögen umgekehrt als diskontierter Wert zukünftiger Erträge ("discounted cash flow") definiert. So erhält auch eine quasi unendliche Zahlungsreihe wie die Sonnennutzung einen endlichen Gegenwartswert. Dies ist der spiegelbildliche Effekt des Josephspfnennigs. Bei verschwindenden Zinssätzen hingegen läge der Kaufwert der Sonnennutzungsrechte tatsächlich unendlich hoch: es könnte weder hier noch beim Verkauf sonstiger unendlich nutzbarer Ressourcen wie Grund und Boden ein Preis bestimmt werden – was einerseits die einzig vernünftige Schlussfolgerung im Falle unendlichen Nutzens ist, andererseits erneut die Widersinnigkeit des Zinsanspruches belegt.

"Wem gehört die Bundesrepublik Deutschland?"

"Bei einem Schuldenstand von fast 1,4 Billionen Euro zahlt der Staat 66,2 Milliarden Euro Zinsen im Jahr – das sind 11 % der gesamten Staatsausgaben. 1992 betrug die Zins-Ausgabenquote lediglich 9,4 %. Die Zins-Steuerquote – sie misst, wie viel Prozent der Steuern für Zinszahlungen aufgewendet werden müssen, ist innerhalb der vergangenen zwölf Jahre von 13,7 auf 16 % gestiegen. (...)

Wer tatsächlich die Gläubiger der öffentlichen Haushalte sind, ist eines der bestgehüteten Geheimnisse der Republik. Nicht einmal die Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur, die für den Bund die Kreditaufnahme regelt, kennt die Geldgeber. Die einzige, höchst grobe Statistik veröffentlicht die Bundesbank. Danach halten Kreditinstitute rund 532 Milliarden Euro, Nichtbanken 228 Milliarden Euro und das Ausland 512 Milliarden Euro. (...) Vorrangig sind es Besserverdienende, die dem Staat ihre Ersparnisse als Kredit anvertrauen. (...) Zusammen reichen die Erbschaftssteuer, die Grundsteuer, die Gewerbesteuer, die veranlagte Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer und die Kapitalertragsteuer mit einem Aufkommen von 64,9 Milliarden Euro nicht einmal, um die Zinsen von 66,2 Milliarden Euro zu finanzieren. Dies aber sind die Steuern, die in der Regel von Wohlhabenden gezahlt werden. Für die Finanzierung öffentlicher Aufgaben bleibt davon nichts mehr übrig."

Marie-Luise Hauch-Fleck, Wer profitiert von den Schulden?
in: Die Zeit Nr. 21/2004, S. 24.